

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: XXXXXXXXXX Wilhelm Adametz

5. August 1948

Blatt 1089

Dritte Paketspende der "Stillen Gäste-Aktion"

Die Wohlfahrtsaktion "Silent guest", die in Amerika durchgeführt wurde, hat dem Wiener Bürgermeister ~~neuerlich~~ zehn Lebensmittelpakete als Spende für Wiener Kinderheime überwiesen. Der Bürgermeister hat die Spende dem amtsführenden Stadtrat für das Wohlfahrtswesen, Dr. Freund, zur Verteilung übergeben. Die Wohlfahrtsaktion "Stille Gäste" hat bereits zwei Spenden von 550 und 100 Lebensmittelpaketen für Wiener Kinderheime zur Verfügung gestellt.

Tabakwarenaufruf für die 44. Versorgungsperiode

Das Hauptwirtschaftsamt Wien und das Landeswirtschaftsamt für Niederösterreich und das Burgenland geben im Einvernehmen mit der Österreichischen Tabakregie den Aufruf folgender Abschnitte der Raucherkarte 44 bekannt: R 2 zum Bezug von 10 Stück Zigaretten der Sorte Austria 3 oder Austria 2. R 3, R 4, R 6 zum Bezug von je 10 Stück Zigaretten der Sorte Austria 2. R 5 zum Bezug von 10 Zigaretten der Sorte Austria C oder Austria 2.

Austria 3 sind nur auf den Abschnitt R 2 erhältlich. Zigarren können an Stelle der Zigaretten nur auf die Abschnitte R 2, 3, 4 und 5 bezogen werden.

Die Abschnitte der Raucherkarte 44 verfallen mit Ende der 44. Versorgungsperiode.

Die Zigarettensorten Austria D, Austria 1 und Austria Spezial werden punktefrei abgegeben.

Einmalige Zulage für die Gemeindebediensteten
=====

Die Bundesregierung hat bekanntlich den Gewerkschaften der öffentlichen Angestellten die Zusage gemacht, an die Bediensteten und Beamten des Bundes eine einmalige Zuwendung von 140 S und an die Pensionisten des Bundes eine solche von 60 S zu gewähren. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Österreichs hat an den Österreichischen Städtebund das Verlangen gestellt, eine ähnliche Zuwendung auch den Beamten, Angestellten und Bediensteten der österreichischen Gemeinden zu gewähren. Die Gewerkschaft hat in diesem Zusammenhang die Forderung nach Gewährung eines 13. Monatsbezuges angemeldet.

Die Geschäftsleitung des Österreichischen Städtebundes ist heute vormittags unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. h. c. Körner im Wiener Rathaus zusammengetreten, um zu der Forderung der Gewerkschaft und der durch die Zusage des Bundes geschaffenen Lage Stellung zu nehmen.

Präsident Stonner berichtete über die Forderungen der Gewerkschaft. Er erklärte, daß die Vertretung der Gemeindeangestellten die vom Bund gewährte lineare Zuweisung nicht wünsche. Die Gemeindebediensteten verlangen eine 30%ige Anzahlung auf den 13. Monatsgehalt.

Vizebürgermeister Honay teilte mit, daß die gleiche Zuwendung, die der Bund gewährt, die Gemeinde Wien mit rund 6 Millionen Schilling in der Hoheitsverwaltung und mit rund 4 $\frac{1}{4}$ Millionen Schilling bei den Unternehmungen, zusammen also mit 10,244.000 Schilling belastet. Die 30%ige Zuwendung, wie sie die Gewerkschaft verlangt, würde für die Bediensteten der Hoheitsverwaltung 7,858.000 S und für das Personal der Städtischen Unternehmungen 5.9 Millionen S, zusammen also 13,758.000 S ergeben.

In einer mehrstündigen Aussprache legten die Städtevertreter die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden dar. Der Mehraufwand durch diese einmalige Zulage ist auch für die Landeshauptstädte und die anderen großen Gemeinden außerordentlich bedeutend. Ein Eintreten in Verhandlungen über die Gewährung eines 13. Monatsbezuges sei ausgeschlossen, da keinerlei Bodeckungsmög-

lichkeit besteht. Schon die Aufbringung der Beträge, die durch die Zuwendung des Bundes nun auch den Gemeinden aufgebürdet werden, stößt auf die größten Schwierigkeiten und ihre Bedeckung müsse erst gesucht werden.

Die Geschäftsleitung des Österreichischen Städtebundes beschloß, von der Bundesregierung die Refundierung der durch diese einmalige Zuwendung sich ergebenden Ausgaben an die Gemeinden zu verlangen. Eine Abordnung der Geschäftsleitung wird zu diesem Zwecke morgen vormittags beim Bundesminister für Finanzen vorsprechen.

Entfallende Sprechstunden

=====

Am Mittwoch, den 11. und 18. August entfallen die Sprechstunden beim amtsführenden Stadtrat Exel.